

LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Monatspreis: hier incl. Botenlohn 7½ Sgr.

Redacteur: **Geld.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr: 1½ Sgr. pro Zeile.

Berlin

von der Revolution bis zur Verfassung.

VI.

Das bisherige System der preussischen Regierung, welches auf der absoluten Monarchie ruhte, war also durch die gemachten Concessionen noch nicht verändert worden. Die Krone glaubte, durch diese Concessionen der Bewegung den Kern genommen zu haben, oder sie schien wenigstens fest entschlossen, weitere Bewilligungen nicht eintreten zu lassen. — Denn der König legte am 16. März die entschiedene Absicht an den Tag, Berlin zu verlassen, — wie ein Berichterstatter sich ausdrückte — „in der klaren Einsicht, daß durch diese Entfernung die unruhige Bewegung in gewissem Sinne ihr Object, wenigstens ihren zeitlichen Richtungspunkt verlieren werde.“ — Allein der leidende Körperzustand der Königin, die ihr Gatte nicht verlassen wollte, hielt den König von der Abreise zurück, um so mehr, als sich am Morgen des 17. März in den Straßen der Stadt keine Spur der früheren Tumulte blicken ließ. Berlin zeigte an diesem Tage eine seltsame Ruhe. Daß diese Ruhe nicht eine Folge der gemachten Concessionen war, lag auf der Hand; denn die einzige dieser Concessionen, welche solchen Erfolg für den Augenblick hätte haben können, nämlich das Gesetz über die Pressfreiheit, war zwar vom 17. März datirt, kam aber erst am folgenden Tage zur Kenntniß des Volkes. — Ebenso ist nicht anzunehmen, daß die Bemühungen der bürgerlichen Schutzcommission jene Ruhe erzeugt haben; denn diese Schutzcommission wurde erst am 16. März organisirt. Das Wahrscheinlichste ist offenbar die Annahme, daß der Zustand Berlins am 17. März ein Zustand derjenigen Ruhe war, welche — wie in der Natur, so auch im politischen Leben — einem Ungewitter voranzugehen pflegt.

Das Letztere schienen auch die Krone und ihre Räte selbst anzunehmen, um so mehr, als ihnen am Abend zuvor die Nachricht von den großen Erfolgen der Wiener Revolution (13. bis 15. März) und namentlich von der Vertreibung Metternich's zugegangen war. Die Krone und ihre Räte, das Ministerium Bodelschwingh-Giechhorn-Lieke, hielten jetzt einen Aufstand Berlins nicht nur

für möglich, sondern sogar für wahrscheinlich; und man erzählt, daß der Polizeipräsident v. Minutoli, welcher die Stimmung Berlins gewiß am genauesten kannte, am Mittage des 17. März zum Minister v. Bodelschwingh gesagt habe: „Bisher haben wir in Berlin nur Straßenemeuten gehabt; — morgen aber werden wir die Revolution haben.“ —

Wie dem aber auch sei, so viel sah man im Schlosse vorher, daß sich von Seiten des Volkes in Folge der Wiener Ereignisse irgend etwas Großes begeben werde, wenn man dem Ausbruche nicht durch außerordentliche Concessionen zuvor komme.

Dies war der Moment, wo das alte System anfang, sich zu brechen; aber freilich in einer so sanften Weise, daß es möglich war, es bei dem ersten Umschlage des politischen Windes wieder völlig zu stützen. Wir werden uns davon sogleich überzeugen.

Die Concessionen, mit welchen man dem Ausbruche eines Aufstandes in Berlin vorbeugen wollte, mußten schnell beschloffen und eben so schnell veröffentlicht werden, wenn sie ihren Zweck nicht verfehlen sollten. — Es fragt sich nun zuerst, welches waren diese Concessionen, worüber man im Ministerium einig wurde? — Sie sind enthalten in dem vom 18. März datirten und von der Krone und sämtlichen Ministern unterzeichneten Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages, und lauten darin folgendermaßen:

„Als Wir am 14. d. M. Unsere getreuen Stände zum 27. April d. J. beriefen, um vereint mit ihnen diejenigen Maßregeln zu beschließen, welche die Unseren deutschen Bundesgenossen vorzuschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preußen nothwendig bedingen, konnten Wir nicht ahnen, daß in denselben Stunden große Ereignisse in Wien einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläßlich machen würden.“

Jetzt, nach jenem wichtigen Ereigniß finden Wir Uns vor Allem bewogen, nicht allein vor Preußens, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist — bald innigst vereintem Volke laut und unumwunden auszusprechen, welche die Vorschläge sind, die Wir Unseren deutschen Bundesgenossen zu machen beschloffen haben.

Vor Allem verlangen Wir, daß Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Verein der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine vorläufige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß. — Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig neben einander sitzen.

Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung und werden beantragen, solche im Wesentlichen derjenigen nachzubilden, unter welchen unsere — Preußens Heer — in den Freiheitskriegen unverwelkliche Lorbeern sich erungen. Wir verlangen, daß das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen, einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen. Wir verlangen eine deutsche Bundesflotte und hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen Meeren Achtung verschaffen werde.

Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den Fürsten und Ständen, wie auch zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen.

Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimathrecht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deutschen Vaterlande.

Wir verlangen, daß fortan keine Zollschranke mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemme und den Gewerbfleiß seiner Bewohner lähme; Wir verlangen also einen allgemeinen deutschen Zollverein, in welchem gleiches Maas und Gewicht, gleicher Münzfuß, ein gleiches deutsches Handelsrecht auch das Band materieller Vereinigung bald um so fester schließen möge.

Wir schlagen vor Pressefreiheit mit gleichen Garantien gegen deren Mißbrauch für das gesammte deutsche Vaterland.

Das sind Unsere Vorschläge, Unsere Wünsche, deren Verwirklichung Wir mit allen Unseren Kräften zu erstreben suchen werden. Mit stolzem Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereiteste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesammten deutschen Volks, welches Wir mit Freuden durch Einverleibung Unserer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Wir voraussetzen, deren berufene Vertreter diesen Wunsch theilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist.

Wir geben der freudigen Hoffnung Raum, daß die Ausführung Unserer Absichten, ja daß schon deren Anbahnung die Spannung heben wird, die jetzt zu Unserem großen Schmerz das deutsche Vaterland erfüllt, die Verkehr und Gewerbe lähmt, es spaltet, die es zu zerreißen droht, — ja Wir hoffen, daß

jene Maasregeln Deutschland in sich stark, nach außen geachtet machen werden, damit in seinen vereinigten Kräften Europa die sicherste Gewähr eines dauernden, gesegneten Friedens finden möge.

Damit aber die Erfüllung Unserer Absichten am wenigsten in Unseren Staaten Zögerung und Hinderniß finden können, damit Wir desto eher diejenigen Vorschläge zu entwickeln im Stande sind, welche Wir für die Verfassung Unserer Staaten nothig erachten, haben Wir beschlossen, die Berufung des Vereinigten Landtages zu beschleunigen und beauftragen das Staatsministerium, diese Einberufung auf Sonntag, den 2. April d. J. zu bewirken.

Bevor wir in der Geschichtserzählung fortfahren können, müssen wir erst einen kritischen Blick auf die in diesem Patente enthaltenen Concessionen werfen.

Dieser Blick giebt vom Standpunkte der Volkswünsche aus keine besonders erfreuliche Aussicht, und zwar aus dem Grunde, weil man in dem ganzen Patente keine einzige bestimmte Zusage findet. Es ist durchgängig nur die Rede von den Forderungen, welche die Krone Preußens an die übrigen deutschen Fürsten zu stellen verspricht, um eine Regeneration Deutschlands zu erzielen; und solche Forderungen werden aufgeführt: Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder, constitutionelle Verfassung für alle deutschen Länder, allgemeine deutsche Wehrverfassung, eine deutsche Flotte, ein deutsches Bundesgericht, allgemeines deutsches Heimathrecht, ein allgemeiner deutscher Zollverein und Pressefreiheit. —

Mit der Zusicherung dieser Forderungen aber war ersichtlich noch gar nichts gewonnen; denn nehmen wir den Fall an, daß einige der übrigen deutschen Fürsten diese Forderungen zurückwiesen, daß also die Regeneration Deutschlands auf jene Grundlagen hin nicht zu Stande kommen konnte; so hatte die Krone Preußens ihre angelobte Pflicht gethan und war außer aller Verantwortung dafür, daß ihre Absichten unerfüllt blieben. Für Preußen war alsdann gar nichts erzielt; denn mit Ausnahme der Pressefreiheit, welche ja ohnehin schon bewilligt worden, fand sich in dem ganzen Patente nur ein einziger Punkt, welcher für Preußen als besondern Staat von Interesse war: die constitutionelle Verfassung. Allein streng genommen sicherte der dahin einschlagende Passus dem preußischen Volke noch keine constitutionelle Verfassung zu, sondern er erklärte bloß, daß für die zu fordernde Bundesrepräsentation eine constitutionelle Verfassung aller deutschen Länder, also auch Preußens, nothwendig sei. Kam also in dem oben angenommenen Falle keine Bundesrepräsentation zu Stande, so war auch für Preußen keine constitutionelle Verfassung nothwendig. —

Freilich heißt es am Schlusse des Patents: die Erfüllung der königlichen Absichten solle wenigstens in Preußen kein Hinderniß finden, weshalb der vereinigte Landtag zur schleunigen Berathung der Vorschläge für die preussische Verfassung zusam-

mentreten solle; und hieraus könnte man allerdings die Zusage einer constitutionellen Verfassung für Preußen erweisen. Allein war denn mit dieser Zusage einer constitutionellen Verfassung irgend etwas Befriedigendes errungen? Gewiß nicht. Denn abgesehen davon, daß die Zusage einer reichsständischen Verfassung schon im Jahre 1815 stattgefunden hatte, die Erfüllung aber im Jahre 1848 noch nicht eingetreten war, abgesehen also davon, daß die bloße Zusage unmöglich befriedigen konnte, so gab auch der vieldeutige Ausdruck „constitutionelle Verfassung“ allen möglichen Auslegungen Raum. Denn eine constitutionelle Verfassung hatten ja Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen u. schon seit langen Jahren gehabt; und Niemand wird doch behaupten wollen, daß das preussische Volk durch eine solche Verfassung etwas gewonnen haben würde.

Die Concessionen des Patents vom 18. März waren also — so schön sie auch klangen — im Grunde genommen doch nur etwas mehr als Nichts. Dennoch glaubte man im Rathe der Krone — und vielleicht nicht ohne Kenntniß des deutschen Volksgeistes! — daß jene Concessionen völlig genügen würden, die Bewegung des Berliner Volks zu hemmen, denn der Minister v. Bodelschwingh versicherte noch am 17. März Abends dem russischen Gesandten: er könne getrost nach Petersburg schreiben, daß die Sache in Berlin völlig abgemacht sei.

In der That scheint man auch Seitens der Minister die zugesicherte constitutionelle Verfassung in ziemlich ernstem Umfange genommen zu haben; denn der Ministerrath, bestehend aus den Herren Mühlner, v. Kotber, Eichhorn, v. Thile, v. Savigny, v. Bodelschwingh, Grafen zu Stolberg, Uhden, Freiherrn v. Canitz, v. Dueßberg und v. Rohr, entschied sich einstimmig dafür, daß mit der Zusage der Verfassung das alte System gebrochen sei, und daß also die dasselbe

vertretenden habenden Minister sich zurück ziehen müßten, einmal ihrer Ueberzeugung wegen, zum andern auch als Beweis dafür, daß es mit der jetzigen Zusage Ernst sei. — Hr. v. Thile, der consequenteste von allen, verlangte sogar, und zwar mit vollem Rechte, daß die Minister der absoluten Monarchie schon vor der Publicirung der Concessionen zurück treten und diese Concessionen die erste Amtshandlung der neuen Minister sein lassen müßten. — Allein er wurde mit dieser durchaus vernünftigen Ansicht von allen andern überstimmt, weil die Minister wahrscheinlich glaubten, sie würden den alten Haß des Volkes, vor welchem sie jetzt zu zittern begannen, ein wenig abkühlen, wenn die Concessionen mit ihren Namen unterzeichnet erschienen.

Als die Krone und ihre Rätthe spät am Abende des 17. März über die einzuschlagenden Wege einig geworden waren, übernahm Hr. v. Bodelschwingh die Fassung des zu veröffentlichenden Patents, ließ dasselbe auch wegen der Dringlichkeit des Augenblicks sogleich in der Staatsdruckerei (der Decker'schen Officin) setzen, wo die Arbeit indeß erst nach Mitternacht fertig wurde. Ein Correcturabzug des Satzes wurde alsdann etwa um 2 Uhr Nachts dem Könige zur Unterschrift vorgelegt, woher es kommt, daß dies Patent den Datum des 18. März trägt, während es schon am Abend des 17. beschlossen war.

Bevor das Patent zur Publication kommen konnte, nämlich am frühen Morgen des 18. März, reichten die bisherigen Minister das Gesuch um ihre Entlassung ein. Dasselbe wurde von der Krone zwar angenommen, allein nur mit der Weisung, daß die Minister bis zur Ernennung ihrer Nachfolger die Geschäfte fortzuführen hätten.

So war die Lage der Dinge, als die Sonne des 18. März über Berlin aufging.

TENDER.

* Der kleine Polenfresser Wuttke ist an Blums Stelle ins Frankfurter Parlament getreten und hat seinen Platz dicht neben einem andern Polenfresser, dem Apostaten, Reichsmarinerath Jordan genommen. — Blum soll sich bei dieser Nachricht im Grabe umgedreht haben.

** Von der Macht der französischen Presse haben wir in Deutschland gar keinen Begriff. Jedes Journal ist dort der Mund einer bestimmten politischen Partei, die sich durch ganz Frankreich verzweigt. Die französische Politik der ganzen lezten Zeit ist gewissermaßen ein fortgesetztes Duell zwischen Girardin, dem Redacteur der „Presse“, und dem ehemaligen Redacteur des „National“ Armand Carrel (den ersterer im Duell erschoss). Cavaignac gehörte der Partei des National; Girardin wurde, als derselbe ans Ruder kam, eingesteckt, und das konnte

er nicht vergessen. Der Presse allein verdankt Louis Napoleon seinen Sieg; ohne Girardin hätte Jedermann es für eine Abgeschmacktheit gehalten, daran nur zu denken, daß Louis Napoleon, der allgemein als Einfaltspinsel bekannt war, Präsident der Republik werden sollte! — Frankreich hat Cavaignac gestürzt, weil Girardin sich am National rächen wollte. Eine ähnliche That wird der Redacteur der Heiligen-Kreuz-Zeitung niemals zu Stande bringen! —

** Die Herzogin von Orleans hat ihre Freunde in Paris aufgefordert, für die Wahl Cavaignacs zu wirken. Diese Frau scheint mehr von Politik zu verstehen als die Legitimisten, welche von Napoleons Wahl Heil für sich erwarten. —

** Man trägt sich in Berlin mit dem Gerüchte, der König wolle abdanken.

* * Vier Offiziere in Billau hatten eine Zustimmung-Adresse an die National-Versammlung unterschrieben und wurden deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt. Der anwesende Auditeur erklärte dieses Verbrechen für Hochverrath und trug als Strafe — auf den Tod durch das Beil an. Ich trage darauf an, daß dieser Auditeur in das Narrenhaus gesperrt wird. Man scheint übrigens auch an Ort und Stelle den Auditeur für einen Narren gehalten zu haben, denn es wurde ein anderer bestellt, welcher das Verbrechen als eine Insubordination hinstellte, und statt der Todesstrafe durch's Beil wird das Kriegsgericht wohl auf ein halbes Jahr Festung erkennen. —

* * Die Mitglieder des geheimen Ober-Tribunals haben dem Geheimen Ober-Tribunals-Rath Dr. Waldeck in einem Schreiben den Wunsch ausgedrückt, daß er seine Stelle niederlegen möge. Waldeck hat darauf sehr vernünftig geantwortet: „Wenn die Mitglieder des Geh. Ober-Tribunals nicht mit mir dienen wollen, so können sie ja ihre Entlassung nehmen.“ — Welch' Zutrauen soll man zu einem Gerichtshof haben, welcher in seinen Ansichten so bornirt ist, daß er einen seiner Rätthe wegen seiner politischen Meinungen ausstoßen will! — Hat Waldeck gegen die Gesetze gefehlt, so ist es Sache der Gesetze, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Das Schreiben der Herrn Rätthe, an dem sich natürlich Bornemann nicht betheilig hat, ist gelinde gesprochen, eine speichelleckerische Dummheit, nein — wollt ich sagen — Klugheit. —

* * Das Staatsministerium hat den Staatsanwalt aufgefordert, gegen diejenigen Deputirten, welche sich bei der Steuerverweigerung betheiligten, eine Anklage wegen Hochverrath einzuleiten. — Ist auch ganz in der Ordnung; denn wenn aus dem Kampfe der Contre-Revolution die Deputirten als Sieger hervorgegangen wären, so würden sie das Ministerium auch wegen Hochverraths in Anklagestand versetzt haben. — Das Recht hat immer der, welcher die Gewalt hat. Warum haben sich also die Jammermänner von Deputirten die Gewalt nehmen lassen?!

* * Louis Napoleon hat Cavaignac so vollständig geschlagen, daß er von 2 Millionen Stimmen 1,500,000 für sich hatte! Die Sache ist vollständig entschieden; der Junischlächter ist beseitigt. Seine Feinde triumphiren und verlangen, daß gegen ihn eine Criminal-Untersuchung eingeleitet werde. Das ist ganz in der Ordnung. Stellt sich seine Unschuld heraus, nun so wird er durch die Untersuchung an seiner Ehre keinen Schaden erleiden; sind aber die 15,000 Menschen nur seinem Ehrgeiz geopfert worden, d. h. hat er den Aufstand

provocirt, — nun, so ist sein Kopf eine sehr kleine Sübne für das unendliche Unglück, welches die Juntereignisse nicht allein über Paris, sondern über die ganze Demokratie gebracht haben.

* * Das Kaiserliche Cabinet in Osmütz soll in großer Verlegenheit sein, wie es den Windisch-Grätz los werden soll. Dieser scheint ein bißchen Wallenstein spielen zu wollen. Der Kaiser Ferdinand hat ihm die Macht, die der Fürst jetzt besitzt, so lange eingeräumt, bis dieser selbst es für nöthig findet, sie niederzulegen! Dazu scheint Windisch-Grätz vorläufig gar keine Lust zu haben; er verurtheilt zum Tode und begnadigt nach Gefallen, als sei er Herr von Gottes und nicht von Nantes Gnaden! —

* * Die Wiener reactionairen Blätter sind in ihren Aeußerungen gegen einzelne Personen und Corporationen so schamlos, daß sich sogar der General Welden veranlaßt gesehen hat, sie ernstlich zurückzuweisen und auf die Censurbestimmungen hinzuweisen! Bäuerle und Saphir wälzen sich um die Wette im reactionairen Koth und lecken der Gewalt die Stiefeln ab! Die Spießbürger — bleiben Spießbürger. Neulich saß in einem öffentlichen Orte ein junger Mann, dem man den verkappten Legionair sogleich ansah. Nicht weit von ihm saßen eine Spießbürgerfamilie und ein Offizier. Der Spießbürger machte sogleich den Denuncianten, und als der Offizier den jungen Mann befragte, sagte dieser: „Ja, ich habe die Ehre Student zu sein.“ Der Offizier warnte ihn, sich vor Denunciantencanailen zu hüten und machte dann dem Spießbürger derbe Vorwürfe über seine Niederträchtigkeit!

* * Das Octroiren ist jetzt Mode! Sogar der Anhalt-Bernburger Souverain macht sie mit! Er hat nen Landtag aufgelöst und ein Land-Verfassungsgesetz veröffentlicht. —

INSERAT.

Ich halte mich verpflichtet und glaube mir den Dank von ganz Europa zu verdienen, wenn ich den Vorschlag mache, das diesjährige Weihnachtsfest, mit Rücksicht auf die schlechten Zeiten, vielleicht auf einen andern festlichen Tag des Monats März k. J. zu verlegen; wir hätten dann ein Aufwaschen, würden bedeutende Kosten sparen und auch die Miethszahlungen pro 1. Jan. 1849 würden alsdann erst am 1. April k. J. fällig werden.

Täglich wissenschaftliche Vorträge und Concert.

Freundschaftlicher Gruß

Louis Drucker,

Bergnügte Weinhandlung, Südenstr. 2.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-Handlung frankirt zuzusenden und das dafür zu zahlende Porto vom Pränumerations-Betrage zu kürzen. Die Locomotive erscheint täglich Vormittags und wird den resp. Abonnenten im Laufe des Tages zugestellt.